

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d



Inhalt

33. Jahrgang / 131

12. Juli 1978

SPD-Chef Willy Brandt
heißt den USA-Präsidenten
Jimmy Carter willkommen.

Seite 1/2

Kurt Mattick MdB analysiert
das Honecker-Interview in der
"Saarbrücker Zeitung".

Seite 3/4

Juso-Vorsitzender Gerhard
Schröder protestiert gegen
die Dissidentenprozesse im
Ostblock.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Carter ist willkommen

Vertrauensvolles Verhältnis zu den USA gehört zu den Grundlagen der Friedensordnung

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Noch bevor in Bonn die Repräsentanten Nordamerikas, Japans und Westeuropas zusammentreten und sich um gemeinsame Antworten auf einige der drängendsten Probleme der Weltwirtschaft bemühen, wird der Präsident der Vereinigten Staaten der Bundesrepublik Deutschland einen offiziellen Besuch abstatten. Jimmy Carter sollte - und ich hoffe, er wird - spüren, daß er uns in Deutschland sehr willkommen ist.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat derzeit mit einer Fülle innen- und außenpolitischer Schwierigkeiten fertig zu werden. Die Fragen, die auf dem bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel die Tagesordnung bestimmen und die schon eine Weile in der internationalen Diskussion sind, haben dabei noch nicht einmal als die schwierigsten zu gelten. Dennoch hängt von dem Einvernehmen der großen Industrienationen sehr viel ab - nicht nur für die Bewältigung der eigenen wirtschaftlichen Probleme, sondern auch für den dringend gebotenen Ausgleich mit den Entwicklungsländern.

Die Haltung der Vereinigten Staaten ist dabei von entscheidender Bedeutung. Ohne das amerikanische Engagement können weder das internationale Währungssystem geordnet noch der Weltwirtschaft Impulse verliehen noch ein konstruktiver Ausgleich zwischen Nord und Süd vorangetrieben werden. Das Gewicht der Vereinigten Staaten ist so groß, daß auch in wirtschaftlicher Hinsicht ihnen niemand die herausgehobene Verantwortung abnehmen kann. Es handelt sich um eine Verantwortung, die sogar noch schwerer wiegt als militärische und ökonomische Macht.

In Europa und gerade bei uns in der Bundesrepublik wird die moralische Verankerung der Carterschen Politik sehr ernst genommen. Daß die amerikanische Politik nicht frei von Widersprüchen ist, ändert daran prinzipiell nichts. Mit großer Sympathie verfolgen wir vor allem auch sein Bemühen, große Reformaufgaben im eigenen Land anzupacken. Die Kräfte der sozialen Demokratie hüben und drüben werden in den vor uns liegenden Jahren mehr noch als zuvor voneinander zu lernen haben.

Und ein weiteres: Carters erklärtes Ziel einer Welt ohne Atomwaffen mahnt uns alle zu noch stärkeren Anstrengungen, dem Rüstungswettkampf Einhalt zu gebieten. So muß man es auch richtig verstehen, wenn der amerikanische Präsident garantiert wissen will, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie nicht zu destruktiven Zwecken mißbraucht wird. Dafür auf geeignete Weise zu sorgen, liegt im allgemeinen Interesse.

Zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland haben sich in den vergangenen dreißig Jahren Beziehungen besonderer Art herausgebildet. Der Deutschland-Besuch Jimmy Carters wird dadurch mitgeprägt. Tatsächlich darf in der Hitze des tagespolitischen Geschäfts und über gelegentlichen - oft recht normalen - Meinungsverschiedenheiten nie vergessen werden, daß ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen beiden Staaten zu den Grundlagen der gegenwärtigen Friedensordnung gehört.

Ein Unterpfand der bewährten deutsch-amerikanischen Beziehungen bleibt Berlin. Mit seinem Besuch an der Spree unterstreicht der Präsident die amerikanische Verantwortung für Berlin. Nirgendwo sonst ist das Bewußtsein, daß unsere Existenz mit dem Schutz der Vereinigten Staaten zusammenhängt, so lebendig. Deshalb freuen wir uns, daß Jimmy Carter wie John F. Kennedy vor fünfzehn Jahren - und wie damals begleitet vom deutschen Bundeskanzler - auch nach Berlin geht. (-/12.7.1978/vo-he)

+

+

+

Honecker spricht mit zwei Zungen

Verhältnis zwischen DDR-Führung und Bevölkerung weiterhin gespannt

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für Innerdeutsche Beziehungen

Vergeblich haben wir darauf gewartet, daß das "Neue Deutschland" die Lücken noch schließt, die bei der Wiedergabe des Interviews des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in der "Saarbrücker Zeitung" offen gelassen wurden. Vergeblich haben wir auch gehofft, daß - wie sonst üblich - auf die Veröffentlichung des Interviews ein Presse-Echo von ADN über die DDR-Medien wiedergegeben wird. Das heißt also, daß der Staatsratsvorsitzende Honecker mit zwei Zungen spricht.

Daher erscheint es uns wichtig, auf zwei Kernpunkte dieses Interviews noch einmal zurückzukommen. Da gibt es:

- 1/ Eine Äußerung über Familienzusammenführung, wonach von Mitte 1976 bis heute 30.000 DDR-Bürger in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin ausreisen durften. Wenn das "Neue Deutschland" diese Zahlen unterschlägt, besteht wohl die Sorge, daß der Druck aus der Bevölkerung, in die Bundesrepublik übersiedeln zu dürfen, mit der Kenntnis der bisherigen Zahlen erheblich zunimmt...
- 2/ Eine Erwähnung von Honecker in dem Interview über den Protest der Kirche gegen die Einbeziehung der Schulkinder in die vormilitärische Ausbildung. Wenn das "Neue Deutschland" auch diese Mitteilung unterläßt, heißt es auch in diesem Falle, daß es Informationen über Äußerungen des Staatschefs in der westdeutschen Zeitung mit der Absicht unterschlägt, die eigenen Bürger nicht zu informieren.

Das sind erstaunliche Vorgänge, die darauf hinweisen, wie dünn das Vertrauensverhältnis zwischen der Staatsführung und dem Volk sein muß und welche Sorgen die Staatsführung in Bezug auf diese Fragen hat.

Herr Honecker spricht in dem Interview von der Notwendigkeit der Vertrauensbildung und stellt fest, "daß beide Teile Deutschlands keine vernünftige Alternative zur friedlichen Zusammenarbeit der Staaten haben - trotz Unterschieden in mehreren Grundpositionen und unterschiedlicher politischer, wirtschaftlicher und sozialer Systeme".

Wir fragen den Staatsratsvorsitzenden: Wie kann es möglich sein, daß man davon ausgeht, daß beide Seiten keine Alternative zur friedlichen Zusammenarbeit der Staaten sehen, wenn gleichzeitig in der DDR den Schulkindern die Bundesrepublik als Feindbild vorgestellt wird? Wie kann den jungen Menschen die friedliche Zusammenarbeit verständlich gemacht werden, wenn man gleichzeitig von der Bundesrepublik als dem Feind der DDR spricht - wohlbemerkt in Bezug auf militärische Vorbereitung.

Herr Honecker wiederholt in dem Interview den Gedanken des gegenseitigen Verzichts der Erstanwendung von Kernwaffen. Das heißt doch wohl - wenn ich die deutsche Sprache noch richtig verstehe -, daß der Staatsratsvorsitzende die Erstanwendung von anderen Waffen als ein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung ansieht. Der Verzicht auf Erstanwendung von Kernwaffen umgeht die Grundsatzentscheidung, politische Fragen niemals mit militärischen Mitteln lösen zu wollen, d.h. also, keine Anwendung

von Waffen in der internationalen Auseinandersetzung. Denn die Erstanwendung von Kernwaffen ist dann, wenn der Krieg erst einmal begonnen hat, nicht mehr eine moralische Frage, sondern eine Frage der gegenseitigen konventionellen Unausgewogenheit.

Wiederum hat der Staatsratsvorsitzende über die Stellung Berlins gesprochen, und auf westlicher Seite ist ihm darauf vielfach geantwortet worden. Es gibt doch hier nur eine grundsätzliche Feststellung: Der Staatsratsvorsitzende ist mit der Berlin-Regelung nicht zufrieden. Wir auch nicht. Wir können uns nur darauf verlassen, daß das Machtgleichgewicht und der Wille zum Frieden auf beiden Seiten ermöglicht, daß man sich auch unter den geographischen Bedingungen Berlins gegenseitig so weit toleriert, daß die Lebensfähigkeit auf beiden Seiten gesichert ist. Wir werden den Zwiespalt nicht aus der Welt bringen, der uns durch das Ende des zweiten Weltkrieges in der Berlin- und Deutschlandfrage hinterlassen worden ist.

Und so, wie wir uns mit dem Zustand der deutschen Spaltung und der Spaltung Berlins auf unübersehbare Zeit abfinden müssen, bis Vernunft und gesellschaftliche Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands die Voraussetzungen schaffen, um die bestehenden Spannungen durch eine ganz neue Politik abbauen zu können, so muß sich auch der Staatsratsvorsitzende mit der Belastung seines Staates durch die Nachkriegsregelungen der vier Siegermächte abfinden.

Honecker sagt in seinem Interview: "Überhaupt bin ich der Auffassung, daß man die Welt so sehen muß, wie sie ist, und nicht so, wie sie sich der eine oder andere vorstellt. Es wäre ein Verbrechen an der Menschheit, den Erdball aus irgendwelchem missionarischen Übereifer dem Inferno eines atomaren Krieges auszusetzen." Also auch der Staatsratsvorsitzende muß die Welt so sehen, wie sie ist - und der sinnlose Streit um die Position West-Berlins hilft uns nicht weiter.

Formal haben die Westmächte in der Viermächte-Vereinbarung ihr Recht auf ganz Berlin nicht aufgegeben. Daß sie die Rechte machtpolitisch nicht wahrgenommen haben und nicht wahrnehmen, bestätigt ihre Logik, daß sie die Welt so sehen, wie sie ist. Der ständige Versuch der DDR-Führung - und hin und wieder auch des Botschafters Abrassimow -, die Statusfrage Berlins in Zweifel zu ziehen, erinnert an Herrn Honeckers Bemerkung von einem missionarischen Übereifer, auf den man in Zukunft doch verzichten sollte, wenn man die friedliche Entwicklung zwischen beiden Teilen Deutschlands im Interesse des ganzen Volkes anstrebt.

Es verlangt die Vernunft von uns, daß wir trotz KSZE-Schlußakte solche Vorgänge wie um Bahro und Hübner an sich hinnehmen müssen, obwohl unsere Rechtsauffassung, unser Begriff von Freiheit und Menschlichkeit uns zu einer missionarischen Rebellion treiben müßten.

Die Herausforderung Bahros an die DDR-Führung zur offenen Diskussion über die Fehlentwicklung des Kommunismus mit dem Ziel der Reform wurde von der geistig erstarren Führung nicht aufgenommen, sondern der kommunistische Funktionär Bahro wurde für acht Jahre mundtot gemacht.

Die Berufung Nico Hübners auf die Sonderstellung ganz Berlins und die damit begründete Verweigerung der Wehrpflicht, wurde mit fünf Jahren Freiheitsentzug beantwortet. Eine sachliche Auseinandersetzung um dieses Problem wurde dem jungen Mann verweigert. Im Grunde beweisen diese Maßnahmen die Unfähigkeit der Staatsführung, sich einer öffentlichen Debatte zu stellen. Das ist eine traurige Bilanz für eine angeblich progressive Gesellschaftsordnung.

Wir können nur unser Bemühen verstärken, den Menschen zu helfen. (-/12.7.1978/vo-he/lo)

Freiheits-Engagement darf nicht an Staatsgrenzen enden

Nur wer gegen die Dissidentenprozesse protestiert, verhindert
Diffamierungsmöglichkeiten der sozialistischen Idee im eigenen Lande

Von Gerhard Schröder
Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

Die Opposition in Osteuropa formiert sich. Die Herrschenden sehen sich bedroht. Sie reagieren undifferenziert mit verschärfter Repression. Der Gegenstand der Kritik interessiert nicht. Die Tatsache, daß Kritik geübt wird, rechtfertigt für die Herrschenden den willkürlichen Einsatz staatlicher Gewalt.

Die Presse bei uns, die sich frei nennt, reagiert sensibel. Sie sieht Bürgerrechte bedroht und läuft dagegen Sturm. Das ist gut so. Weniger gut ist die Verlogenheit, mit der das geschieht. Die gleiche konservative Presse, die den Faschismus in Chile für erträglich hält, die Generäle in Brasilien und Argentinien hofiert und den Rassismus in Südafrika rechtfertigt, kämpft für die Erhaltung der Bürgerrechte in der Sowjetunion. Wer soll das ernst nehmen? Wer derartig einäugig verfährt, muß sich vorwerfen lassen, daß es ihm nicht um Kritik, sondern um Propaganda geht. Die Diskussion gesellschaftlicher Zustände in den osteuropäischen Ländern soll als Knüttel gegen die Entspannungspolitik und zur Diffamierung sozialistischer Zielvorstellungen im Innern benutzt werden, auch und gerade der Zielvorstellungen, die mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit in den osteuropäischen Ländern nichts zu tun haben.

Soll eine demokratische Linke deshalb schweigen, oder gar ein System verteidigen, das nicht das ihre ist? Soll sie sich darauf beschränken, das diplomatisch Erreichbare durch Schweigen möglich zu machen? Sicher nicht.

Die demokratische Linke ist zu allererst gefordert. Für sie hört die "Freiheit des Andersdenkenden", die es immer wieder neu zu erkämpfen gilt, nicht an Staatsgrenzen auf. Gerade Gesellschaften, die sich sozialistisch nennen, müssen unnachgiebig am Anspruch des Sozialismus, die reale Einheit von Freiheit und Gleichheit zu verwirklichen, gemessen werden. Dies ist für Sozialisten zu allererst eine prinzipielle Frage.

Den freiheitlichen Charakter des Sozialismus immer wieder gegen den sogenannten realen Sozialismus zu setzen, ist aber zugleich Bedingung dafür, daß die sozialistische Idee aufgeklärte Menschen ergreift. Wenn Sozialisten hier für die Möglichkeit organi-

sierter Opposition in der Sowjetunion kämpfen, tun sie das aus prinzipiellen Erwägungen und verhindern damit zugleich Diffamierungsmöglichkeiten der sozialistischen Idee im eigenen Land. Wer dagegen, wie die DKP, Terrorurteile in der DDR, wie das Urteil gegen Rudolf Bahro, rechtfertigt, hat nicht nur die Prinzipien des Sozialismus verraten, er nutzt objektiv auch der Reaktion im eigenen Land.

Die Formen des Kampfes für die sich formierende Opposition in den nachkapitalistischen Ländern sind vielfältig. Peter von Oertzens interessante Vorschläge sollten differenziert werden.

1/ Das wichtigste ist, selbst in den Spiegel zu schauen, den man anderen vorhält. Wer sich hier an der Verhängung von Berufsverboten beteiligt oder diese rechtfertigt, ist nicht sehr geeignet, für die Freiheit in anderen Ländern einzutreten. Wer hier Berufsverbote für Kommunisten rechtfertigt, liefert Kommunisten dort die Rechtfertigung für Berufsverbote für Nichtkommunisten.

2/ Es gilt, mit allem Nachdruck für die Einhaltung unverzichtbarer Prinzipien in allen Ländern einzutreten. Dazu gehören vor allem die Meinungsfreiheit und das Recht, sich ungehindert zu organisieren. Die Garantie dieser Freiheiten hat für jede Phase gesellschaftlicher Entwicklung zu gelten. Jenseits des Eintretens für diese unverzichtbaren Prinzipien kann es keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und Völker geben. Wo immer aber im Namen des Sozialismus Unfreiheit und Willkür errichtet sind, kann es keinen Verzicht auf schonungslose Kritik geben.

3/ Soweit es um die staatliche Politik geht, ist Behutsamkeit kein Opportunismus. Hinter unserer Außenpolitik steht unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen ein beachtliches militärisches Machtpotential, das in Osteuropa immer noch Ängste weckt. Dies gilt, obwohl von unserer Seite keine aggressiven Absichten bestehen. Auf dem Hintergrund dort nicht vergessener historischer Erfahrungen steht unserer Außenpolitik Behutsamkeit gut an. Prinzipienfestigkeit muß nicht unbedingt auf dem offenen Markt ausgetragen werden. Dies gilt besonders für die staatliche Außenpolitik.

(-/12.7.1978/bgy/10)

+ + +